

Erläuterungen zur Satzungsänderung

Sehr geehrte Mitglieder,

das Genossenschaftsgesetz wurde zum 18.8.2006 modernisiert. Deshalb ist es erforderlich, unsere Satzung mit Wirkung zum 1.1.2009 in einer Reihe von Punkten zu ändern. Im Überblick stellen wir für Sie die Vorschriften der alten Satzung (zuletzt 2001 und 2007 geändert) und der Neuregelung (Stand 1.1.2009) in einer Synopse gegenüber.

Die wichtigsten Änderungen sind folgende:

Rechtsstellung der Mitglieder

Die neue Satzung stärkt vielfach die Rechte der Mitglieder: Erstmals dürfen einzelne Genossenschaftsanteile übertragen werden (§ 8 neu). Die Mitgliedschaft in der Genossenschaft kann unter erweiterten Voraussetzungen gekündigt werden (§ 7 neu). Verhinderte Mitglieder können ihr Stimmrecht in der Mitgliederversammlung durch bevollmächtigte Angehörige ausüben (§ 31 Abs. 3 neu).

Die Mitglieder erhalten mehr Informationen: § 4 neu: Anspruch auf Übergabe der Satzung beim Eintritt; § 13 Abs. 3 m) neu: Anspruch auf Einsicht in das Ergebnis des Prüfberichts des Prüfverbandes.

Geregelt wird ausdrücklich, welche Anteile Pflichtanteile sind, um Wohnungen der Genossenschaft zu erhalten (§ 17 Abs. 1 neu); 10 % dieser Anteile (also 30 Euro) müssen bei Eintritt in die Genossenschaft oder Übernahme neuer Anteile sofort gezahlt werden (vgl. § 17 Abs. 3, 4 neu).

Rechtsstellung des Aufsichtsrats und des Vorstands

Die Rechtsstellung des Aufsichtsrats wird insbesondere bei der Prozessführung gegen Organmitglieder (vgl. § 25 Abs. 2 neu) verändert. Überwachungs- und Informationspflichten werden stärker betont (vgl. z.B. § 25 Abs. 3, 4).

Rechtsgeschäfte zwischen der Genossenschaft sowie Vorstands oder Aufsichtsratsmitgliedern unterliegen strengen Voraussetzungen (vgl. § 30 neu). Aus Neutralitätsgründen dürfen Vorstand, Aufsichtsrat und Angestellte der Genossenschaft untereinander nicht „nahe Verwandte“ oder verschwägert sein (§§ 21 Abs. 2, 24 Abs. 5 neu). Ausgeschiedene Vorstandsmitglieder dürfen erst nach einer gewissen Wartefrist in den Aufsichtsrat bestellt werden: niemand soll seine eigene Arbeit selbst kontrollieren.

Rechte der Mitgliederversammlung:

Die Befugnisse der Mitgliederversammlung (Genehmigung von Prozessen gegen Vorstand und Aufsichtsratsmitglieder, § 25 Abs. 1 neu) werden gestärkt.

Anträge zur Mitgliederversammlung können mit moderner Technik wie Email usw. übermittelt werden: Der alte Begriff der „Schriftform“ wird durch die moderne „Textform“ ersetzt (vgl. § 13 Abs 3 c neu). Die Einladungsfristen für die Mitgliederversammlung wurden verlängert (§ 33 neu).

Redaktionelle Änderungen

Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass viele Änderungen nur geringfügig oder redaktioneller Natur sind. Zur Anpassung an die Mustersatzung unseres Prüfverbandes wurden Absätze umgestellt oder verschoben. Durch den neugefassten § 30 hat sich die Nummerierung der nachfolgenden Vorschriften geändert.

Mainz, im Juni 2008

Der Vorstand der Gemeinnützigen-Wohnstättengenossenschaft Mainz e. G.